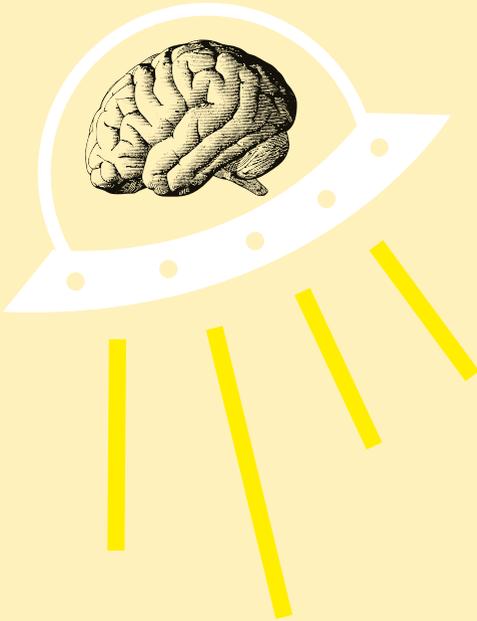


UNTERNEHMERISCHES

WIEN



UNTERNEHMERISCHES WIEN

Wir von NEOS sehen großes Potenzial in unserer Heimatstadt. Wien zu einem führenden Innovationsstandort zu machen, ist ein realistisches und notwendiges Ziel. Zur Erreichung dieses Ziels brauchen die Wiener Unternehmer_innen die richtigen Rahmenbedingungen, um sich in ihrer Tätigkeit zu entfalten und möglichst ungehindert einen Beitrag zum Erfolg unserer Stadt zu leisten.

Die Stadtregierung muss ein ideales Innovationsumfeld schaffen, damit Wien zum führenden Hightech-Standort Europas werden kann. Vom Ein-Personen-Unternehmen bis zur großen Firma muss jede Unternehmerin und jeder Unternehmer die Freiheit haben, ihr bzw. sein Unternehmen auf- und auszubauen. In Summe wird die Stadt dadurch moderner und zukunftsfähiger, sodass wir in einer globalisierten Welt konkurrenzfähig sind und uns dem Wettbewerb mutig stellen können.

Überregulierung und Bürokratie stellen gerade kleine Unternehmen vor große Hürden und nehmen ihnen die Freiheit, die sie zur Innovation brauchen. Sie werden daran gehindert, ihre unternehmerische Vision zu verwirklichen. Unternehmer_innen wollen einen Beitrag zu mehr Wohlstand erbringen und Arbeitsplätze schaffen. Ein Dickicht von unnötigen Gesetzen, Genehmigungen und Steuern macht ihnen diese Ziele schwer.

Durch Erleichterungen für Unternehmen können wir Innovation selbstverständlich machen und unsere Stadt aufblühen lassen.

Neue Lösungen in den Bereichen Gesundheit, Mobilität und Klimaschutz brauchen die Zusammenarbeit von Groß- und Kleinunternehmen. Wien muss dafür sorgen, dass die Stadt für die besten Köpfe und Talente attraktiver wird, die die Arbeit innovativer Unternehmen inspirieren. Wien kann zur europäischen Metropolregion für Hightech-Industrie werden, wenn das Unternehmertum mehr Rückendeckung von der Politik bekommt.

Um hochwertige Produkte und Dienstleistungen auf den Markt zu bringen, brauchen Unternehmen auch verstärkt gut ausgebildete Fachkräfte. Nur so kann die Wirtschaft die Herausforderungen stemmen. Das duale Ausbildungssystem ist ein Aushängeschild Österreichs. Der pädagogische Auftrag der Lehre muss wieder im Mittelpunkt stehen, damit diese als wertvoller Teil unseres Bildungssystems wahrgenommen wird. Mehr Durchlässigkeit zwischen Lehre und akademischen Ausbildungsrouten ist wichtig, um jeder und jedem möglichst viele Chancen offen zu halten, die eigenen Begabungen zum Beruf zu machen.

BÜROKRATIEABBAU

Wien muss für Unternehmer_innen eine attraktive Stadt werden. Zu oft kämpfen Wirtschaftstreibende hier mit unzumutbaren Kosten und einem bürokratischen Labyrinth.

Die österreichischen Lohnnebenkosten gehören zu den höchsten weltweit. Dadurch entsteht ein großer wirtschaftlicher Schaden. Die Belastung macht unsere Stadt weniger wettbewerbsfähig und kostet uns so Teile unseres Wohlstands.

- Durch die Senkung der Lohnnebenkosten können tausende neue Arbeitsplätze entstehen. Wir fordern die schrittweise Streichung der Kommunalsteuer, des Wohnbauförderungsbeitrags, der Kammerumlage 2 und der U-Bahn-Steuer. Eine Reduzierung des Dienstgeberbeitrags zum Familienlastenausgleichsfonds, der AK-Umlage und des Unfallversicherungsbeitrags sind ebenfalls notwendig.
- Im Rahmen einer bundesweiten Steuerreform sollen Gemeinden viel mehr Steuerautonomie erhalten. Dadurch können sie selbst die Höhe anderer Steuern festsetzen und erhalten von diesen mehr Erträge.
- Bei allen Steuern und Abgaben mit einem Ertrag unter 10 Mio. Euro ist zu überprüfen, ob das Verhältnis vom Verwaltungsaufwand zu den Einnahmen stimmt.

Bürokratische Hürden erschweren Unternehmer_innen ihre Arbeit. Vor allem bei Neugründungen wird man von Dienststelle zu Dienststelle geschickt. Diese unnötigen Wege kosten Zeit, die man sinnvoller in sein Unternehmen investieren könnte.

- Wir fordern die Einführung von One-Stop-Shops als Anlaufstellen in Fragen zu Genehmigungen, Gewerbeberechtigungen, Förderungen, Steuernummern und Firmenbucheintragungen in Gewerbezentren, die alle notwendigen Schritte bis zum Ende erledigen können.

Unternehmensgründungen dauern in Österreich um ein Drittel länger als in Tschechien und doppelt so lange wie in Deutschland und der Slowakei. Zunehmende Regulierung ist das größte Zukunftsrisiko für den Wirtschaftsstandort Österreich.

- Betriebsanlagengenehmigungsverfahren sollen künftig von diesen One-Stop-Shops transparent und rasch abgewickelt werden. Unternehmen müssen wie Kunden, nicht wie Bittsteller behandelt werden.
- Vorschriften für Betriebsanlagen sollen auf evidenzbasierte Benchmarks reduziert werden, die im Betrieb der Anlage mit Genehmigung zu erreichen sind.
- Wir fordern mehr Rechtssicherheit bei Betriebsanlagengenehmigungen bei Nachweis der Erfüllung aller Rechtsnormen durch Gutachten fachlich zuständiger Ziviltechniker_innen, gerichtlich beeideter Sachverständiger_innen oder zertifizierter Prüfanstalten.

Der Gesetzgeber und die Kammern bestimmen darüber, wann Unternehmer_innen ihre Betriebe öffnen dürfen. Sie bevormunden damit sowohl Unternehmer_innen als auch ihre Kund_innen. Wiener Gastwirt_innen leiden zum Beispiel unter der zunehmenden Regulierung und den undefinierten Kriterien bei der Genehmigung von Schanigärten. Dieser Zustand kostet Unternehmer_innen wertvolles Geschäft, gefährdet Arbeitsplätze und nimmt den Kund_innen die Flexibilität.

- Eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ist dringend notwendig. Unternehmer_innen sollen selbst entscheiden können, wann der Betrieb geöffnet hat, unter Wahrung der Arbeitnehmer_innenrechte (AZG).
- Die Öffnungssaison muss für Schanigärten freigegeben werden – auch ganzjährige Schanigärten sollen möglich sein. Außerdem soll es möglichst mehrjährige Genehmigungen für Schanigärten geben, die zumindest die Nutzungsdauer des Schanigarteninventars umfassen.
- Genehmigungsverfahren für Schanigärten müssen nachvollziehbar und einheitlich geregelt werden.
- In ganz Wien muss es klare und unbürokratische Lösungen und gleiche monatliche Kosten für die Öffnung in den Wintermonaten geben.
- Es braucht volle Transparenz bei den Entscheidungen, damit die Antragsteller_innen Rechtssicherheit haben.

Die Ansammlung von Einzelbestimmungen ist extrem unübersichtlich und kostet Unternehmer_innen viel Zeit und Geld. Dieses Chaos muss geordnet und die Unternehmen somit entlastet werden.

- Mithilfe einer Auslaufklausel („Sunset Clause“) sollen Wirtschaftslenkungsgesetze mit einem eingebauten Ablaufdatum versehen werden. So wird die Politik gezwungen, Gesetze und Vorschriften regelmäßig auf Aktualität und Notwendigkeit zu überprüfen.

- Nach dem Prinzip „One in, two out“ sollen für jede neue Wirtschaftslenkungsmaßnahme zwei alte aus demselben Rechtsgebiet gestrichen werden.

ZU EINEM ATTRAKTIVEN WIEN GEHÖREN ATTRAKTIVE MÄRKTE

Seit Inkrafttreten der neuen Wiener Marktordnung per 1. Oktober 2018 hat sich für viele Marktstandler_innen die Lage nicht verbessert, sondern verschlechtert. Die Novelle hat viele Lebens- und Arbeitsbedingungen der Standler_innen nicht ausreichend berücksichtigt.

- Die Regelungen, wie zum Beispiel hinsichtlich der Öffnungszeiten, müssen für die jeweiligen Märkte individuell angepasst werden. Wir lehnen eine Einheitsregelung für alle Märkte entschieden ab.
- Die Gebühren für Schanigärten auf dem Marktgebiet müssen gesenkt werden. Diese sind oft viel höher als für Schanigärten außerhalb des Marktgebiets.
- Genehmigungsverfahren für Marktstandler_innen sind zu bürokratisch und müssen vereinfacht werden.
- Der Service durch das Marktamt muss sich deutlich verbessern – derzeit warten Marktstandler_innen oft jahrelang auf Reparaturen.
- Wir fordern die Aufhebung der in der neuen Marktordnung festgelegten Kernöffnungszeiten. Diese bringen unnötige Mehrkosten und Umsatzeinbußen für die Standler_innen.
- Eine „Lange Nacht der Märkte“ soll die Marktkultur Wiens einmal im Jahr feiern und in die öffentliche Aufmerksamkeit rücken.

DIE STADT NACH ACHT

In den letzten Jahren ist die Nachtwirtschaft ein immer wichtigerer Tourismus- und Wirtschaftsfaktor geworden. Durch mangelnde Förderung und Koordination fällt Wien in diesem Bereich international zurück. Zudem werden Konflikte zwischen Behörden, Polizei, Wirtschaftstreibenden und Anrainer_innen oft nur unbefriedigend oder gar nicht gelöst.

- Die Stadt muss eine Strategie für die Wiener Nachtökonomie und ihre internationale Vernetzung erarbeiten.
- Wir fordern die Einführung eines bzw. einer Nachtbürgermeister_in, um zwischen den unterschiedlichen Akteuren in der Nachtwirtschaft zu vermitteln. Dieses Konzept hat sich bereits in vielen europäischen Städten, etwa Amsterdam, Hamburg, München, Berlin und Mannheim, bewährt.
- Die Entwicklung neuer Angebote durch Wirtschaftstreibende muss entbürokratisiert und vereinfacht werden.
- Um das Problem des nächtlichen Lärms zu vermindern, ohne Wirtschaftstreibenden unzumutbare Kosten zuzumuten, fordern wir die Einführung eines Lärmschutzfonds. Dieser soll Lärmschutzmaßnahmen fördern und eine lebendige Stadt nach Acht unter Berücksichtigung der Anrainer_innen möglich machen.

LEHRE UND FACHKRÄFTE

In Wien fehlen im Vergleich zu anderen Bundesländern viele Lehrplätze. Der Grund: Das Ausbilden ist für Unternehmen mit zu viel Bürokratie und Schikanen verbunden. Gleichzeitig ist die Lehre für viele Schulabgänger_innen zu wenig attraktiv. In Summe gibt es zu wenige hochqualifizierte Fachkräfte in Wien. Ein unternehmerisches Wien benötigt aber bestens ausgebildete Fachkräfte, die den Standort attraktiv machen. Die Lehre ist in diesem Zusammenhang ein wichtiger Faktor: Das Erfolgskonzept der hochwertigen Berufsausbildung für junge Menschen ist ein Kernelement des Wirtschaftsstandorts Wien.

Derzeit fehlen in Wien viele Lehrplätze. Die Bürokratie rund um die Förderung schreckt viele Betriebe ab, die Ausbildung neuer Fachkräfte zu übernehmen. Die Vielfalt an Agenturen und Organisationen, die Förderungen auf Bundes- und Landesebene anbieten, ist unübersichtlich und kompliziert. Dass nun viele Lehrlinge überbetrieblich ausgebildet werden, verringert deren Chancen am Arbeitsmarkt.

- Das Ausbilden von Lehrlingen muss für Betriebe erheblich einfacher werden. Dazu fordern wir die Einführung eines One-Stop-Shops für Förderungen, Genehmigungen und Informationen rund um die Ausbildung von Lehrlingen.
- Förderungen sollen künftig von möglichst wenigen Agenturen angeboten werden. Unser Modell: Förderungen, die Betrieben zugutekommen, kann das Austria Wirtschaftsservice (aws) abwickeln und Personenförderungen das AMS. Somit sind alle Förderungen transparent, übersichtlich und leichter einzureichen.
- Die überbetriebliche Lehre soll künftig hauptsächlich in Mangelberufen angeboten werden.
- Förderungen auf Landesebene sollen nur Bereiche betreffen, die nicht bereits durch Bundesförderungen abgedeckt sind.

- Alle Förderungen, die auf der Wiener Landesebene ausgezahlt werden, müssen in die Transparenzdatenbank aufgenommen werden.

Innovative Unternehmen werden in Wien durch Trägheit und altmodische Praktiken davon abgehalten, Lehrausbildung zu übernehmen. Die Sozialpartner blockieren außerdem die Entwicklung neuer Berufsbilder. Das Angebot für Lehrlinge bildet nicht die aktuelle Diversifizierung der Berufswelt ab. Betriebe in innovativen Bereichen müssen oft jahrelang auf die Genehmigung von Ausbildungsplätzen warten. All das schadet Wien als Innovationsstandort.

- Wir fordern die Einrichtung einer Agentur für das Lehrlingswesen, die künftig über die Entwicklung neuer Berufsbilder entscheiden soll. Dadurch können wir rasche Entscheidungen ohne die gegenseitige Blockade der Sozialpartner möglich machen. Somit werden die Voraussetzungen für Unternehmen, Lehrlinge und für den Standort Wien verbessert.
- Die Lehrabschlussprüfung muss an die Realitäten einer globalisierten Welt angepasst werden. Wir fordern die Einführung bilingualer Prüfungen in Bereichen, in denen Englisch oft die Arbeitssprache ist. Somit werden unsere Fachkräfte international wettbewerbsfähiger und der Standort Wien wird für international tätige Unternehmen attraktiver.
- Wir fordern die Einführung eines Wiener Verbundmanagers nach dem oberösterreichischen Modell, um eine Zusammenarbeit zwischen den Betrieben durch Verbundmaßnahmen zu erleichtern. Aufgrund der zunehmenden Spezialisierung einzelner Betriebe ist es für diese derzeit oft unmöglich, im Rahmen der Berufsausbildung die ganze Breite eines Berufsbildes abzudecken.

Die Qualität der Lehrausbildung variiert stark von Betrieb zu Betrieb. Aufgrund dieser Unsicherheit ist die Lehre für viele Schulabgänger_innen zu wenig attraktiv.

- Die Lehre muss Teil eines pädagogischen Gesamtkonzepts werden, damit Lehrlinge in allen Betrieben möglichst gut ausgebildet werden. Sie dürfen nicht als billige Arbeitskräfte betrachtet und behandelt werden.
- Derzeit macht die Basisförderung den Großteil der Förderung aus. Anreize zu höherer pädagogischer Qualität der Lehrausbildung fehlen. Der Anteil der Qualitätsförderung muss deshalb auf mindestens die Hälfte der Gesamtfördersumme angehoben werden.
- Die Lehrausbildung braucht eine effektive Qualitätskontrolle, um sicherzustellen, dass Ausbilder_innen ihrem pädagogischen Auftrag nachkommen. Diese Kontrolle soll bei einer staatlichen Agentur angesiedelt sein.
- Im Gegenzug braucht es eine Ausweitung geförderter pädagogischer Fortbildung für Ausbilder_innen, damit diese ihren Bildungsauftrag bestmöglich erfüllen können.

Die Lehre hat einen unverdient schlechten Ruf: Viele wissen nicht, wie viele berufliche Möglichkeiten den Fachkräften nach einer erfolgreich abgeschlossenen Lehre offenstehen. Das führt oft dazu, dass die Lehre für Schulabgänger_innen als „Plan B“ gesehen wird.

- Um die Lehre attraktiver zu machen, muss der Lehrabschluss anschlussfähiger werden. Es soll möglich sein, in einen anderen Beruf umzusteigen, ein Studium zu beginnen oder sofort den erlernten Beruf auszuüben. Ein umfassendes Modulsystem für alle Lehrberufe soll den Umstieg in andere Berufe leichter machen, indem nur fehlende Module absolviert werden und keine komplette Ausbildung nachgeholt werden muss.
- Wir fordern, die Lehre mit Matura auf alle Lehrberufe zu erweitern. Als Vorbild für dieses Modell dienen die Berufsbildenden mittleren und höheren Schulen (BMHS), in

denen es stets eine dreijährige Schule ohne Matura und eine fünfjährige Schule mit Matura gibt.

- Für Maturant_innen soll die Lehre attraktiver werden, indem die Lehrzeit weiter verkürzt und mehr von der Matura angerechnet wird.
- Außerdem treten wir für die finanzielle Gleichstellung von beruflicher Höherbildung mit akademischer Bildung ein. Wie die Ausbildung von Ärzt_innen und Jurist_innen sollen auch die Meisterkurse aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden.

WIEN ALS UNTERNEHMENS- UND INNOVATIONS- STANDORT

Der Standort Wien muss für innovative Unternehmensformen attraktiv werden. Unsere Vision ist es, Wien zum führenden Hightech-Standort Europas zu machen. Dafür soll Wien Werkstätte für Schlüsseltechnologien und Zukunftsthemen sowie Ankerpunkt für europäische und internationale Netzwerke in Innovationsbereichen werden. Durch die bestehenden Bedingungen in der Gesundheitsindustrie bietet sich ein verstärkter Fokus auf den Bereich E-Health an. Wien kann in diesem Bereich weltweit neue Standards setzen.

Die Rahmenbedingungen für den Erfolg von Innovation und innovativen Unternehmen sind in Wien noch nicht ausreichend gegeben. Das muss sich ändern.

- Wir wollen die Kooperation zwischen Unternehmen und Universitäten fördern, um Innovation zu ermöglichen. Zum Beispiel durch Innovations-Cluster, in denen Forschung und Wirtschaft nebeneinander bestehen und voneinander profitieren können.
- Wien muss attraktiver für Forschung, Technologie und Innovation (FTI) werden: Wir wollen Brücken zwischen Labor und Markt schaffen, um Technologien in Geschäftsmodelle zu übersetzen und unternehmerisches Potenzial und Schnittstellen zwischen jungen und etablierten Unternehmen zu fördern.
- Wir wollen Wien zur E-Health-Hauptstadt machen.

Neue Unternehmensformen haben es in Wien aufgrund der vielen Regulierungen schwer. Im Bereich der „Sharing Economy“ fehlt die Rechtssicherheit, die Unternehmen brauchen, um sich hier ansiedeln zu können.

- Im Bereich der Mobilität sollen Rahmenbedingungen für neue Geschäftsmodelle geschaffen werden. Die Wiener Taxi- und Mietwagenverordnung muss vereinheitlicht und geändert werden, sodass innovative Formen der Mobilität möglich werden.
- Das private Vermieten von Immobilien an Tourist_innen soll erlaubt sein. Durch die rechtliche Gleichstellung zwischen Privatvermietern und Hotellerie muss aber ein fairer Wettbewerb gesichert werden. Auch bei kurzfristiger Vermietung muss die Ortstaxe entrichtet werden. Die Einkommen unterliegen selbstverständlich der Einkommenssteuer. In gewidmeten Wohnzonen soll eine Obergrenze von 90 Tagen im Jahr für das private Vermieten an Tourist_innen gelten. Wien soll sich für eine bundeseinheitliche Lösung einsetzen, die Rechtssicherheit für alle schafft.

Für Start-ups und Scale-ups ist es oft schwer, passende Räumlichkeiten zu finden. Gleichzeitig herrscht aber viel Leerstand in Wien, der nicht ausgenützt wird.

- Wir wollen Leerstand bekämpfen, einerseits durch die Ermöglichung der gemischten Nutzung und andererseits durch den Ausbau von innovativen Zwischennutzungsmodellen.
- Betriebsflächen für „Sharing Economy“ sollen in Erdgeschoßzonen eingeplant und gemischte Büro-Wohnraum-Nutzungen vorgesehen werden. Wenn keine Beeinträchtigung der Anrainer_innen vorliegt, sollen Betriebszeiten freigegeben werden.

